

Rentenstreit in der Union verschärft sich

"Altersvorsorge für Niedrigverdiener erleichtern"

(...) Rüttgers hatte verlangt, dass Geringverdiener, die über einen langen Zeitraum in die Rentenversicherung einzahlten, mehr Rente bekommen müssten als die Grundsicherung. (...) Der Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Karl-Josef Laumann, hält Rüttgers' Vorschläge schon deshalb für unterstützenswert, weil die Akzeptanz des Rentensystems gefährdet sei, wenn langjährige Beitragszahler in die Sozialhilfe abgleiten würden.

Der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan, der an der Rentenreform von 2001 maßgeblichen Anteil hat, forderte dagegen, bei der Bekämpfung der Altersarmut beim Arbeitsmarkt anzusetzen. Die augenblicklichen Hinzuverdienstgrenzen für Niedrigverdiener, bei denen schon der erste Euro mit 80 % besteuert würde, seien unsinnig und müssten angehoben bzw. die Besteuerung vermindert werden. Das schaffe zusätzlichen Raum für die Altersvorsorge. Das System selber, sagte er bei den steuerpolitischen Gesprächen der Frankfurter Universität, dürfe indes nicht infrage gestellt werden. Wer mehr einzahle, solle auch eine höhere Rente erhalten.

Um die Niedrigeinkommensbezieher zu bewegen, für das Alter vorzusorgen, muss nach Meinung von Börsch-Supan "sanfter Druck" ausgeübt werden, indem etwa das Vorsorgesparen weiter vereinfacht werde. Auch müsse es Kleinbetrieben erleichtert werden, ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten zu können. Börsch-Supan: "Wir brauchen eine branchenweite, kostengünstige Betriebsrente, um die sich die Arbeitgeber nicht kümmern müssen und in die jeder Arbeitnehmer auf einfache Weise seine Spargroschen einzahlen kann."

Der vollständige Artikel erschien in der Börsen-Zeitung am 23. April 2008.